

## Schlussfolgerung

Trotz der Behauptung vieler, Transmigration wäre die Hauptursache der Konflikte in der Zeit nach Suhartos Sturz gewesen, beschloss die Regierung die Weiterführung des Programms, wenngleich in abgewandelter Form. Die Regierung hofft, dass diese Modifikationen das Konfliktpotential minimieren werden. So werden zum Beispiel Wiederansiedlungsstätten nun in Koordination mit den Empfängerregionen und auch nur mit deren Zustimmung selektiert.

Weiterhin hat sie angeordnet, dass 50 Prozent der neuen Siedler aus der örtlichen Bevölkerung stammen. Die Beamten hoffen, die Miteinbeziehung Ortsansässiger werde die Probleme aufgrund sozialer Eifersucht minimieren. Die zukünftigen Auswirkungen der neuen Transmigrationsprojekte und ob sie zu neuen Ausbrüchen kommunaler Gewalt führen, bleiben abzuwarten.

*Der Text wurde von Anke Hollerbach aus dem Englischen übersetzt.*

## Literatur

- Aragon, Lorraine. 2001 *Communal Violence in Poso, Central Sulawesi: Where People Eat Fish and Fish Eat People*. Indonesia 72: 45-79.
- Davidson, Jamie S. *The Politics of Violence on an Indonesian Periphery*. South East Asia Research 11: 59-89.
- Duncan, Christopher R. 2005. *Unwelcome Guests: Relations between Internally Displaced Persons and Their Hosts in North Sulawesi, Indonesia*. Journal of Refugee Studies 18: 25-46.
- . 2005. *The Other Maluku: Chronologies of Conflict in North Maluku*. Indonesia 80 (forthcoming).
- Klinken, Gerry van. 2001. *The Maluku Wars: Bringing Society Back In*. Indonesia 71
- Palmer, Blair. 2004. *Memories of Migration: Butonese Migrants returning to Buton after the Maluku Conflicts 1999-2002*. Antropologi Indonesia (Special Volume 2004).

# Nowhere to Go

## Die Lage einheimischer Bevölkerungsgruppen in indonesischen Nationalparks

von Henning Borchers

*In einer Diskussion um Migrationsprozesse in Südostasien kommt man nicht umhin, das Phänomen der Zwangsumsiedlung im Kontext des Naturschutzes in Betracht zu ziehen. Seit der Einführung des Nationalparkkonzepts durch die ehemaligen Kolonialregierungen setzte sich die Maßnahme der Zwangsumsiedlung von einheimischen und indigenen Gesellschaften, die ursprünglich in den zu Schutzgebieten erklärten Territorien ansässig waren, als gängige Praxis der Schaffung und Verwaltung von Naturschutzgebieten durch. Internationalen Vorgaben der sozialen Gerechtigkeit zum Trotz gebiert sich Umweltschutz in Naturreservaten und Nationalparks auch heute noch allzu oft allein zum Nachteil einheimischer Bevölkerungen.*

## Das Nationalparkkonzept

*»In the modern world ... a country without a national park can hardly be recognized as civilized«, Julian Huxley, Director General of UNESCO, 1960s.*

Die Idee, Naturräume zu schützen, um sie zu wissenschaftli-

*Der Autor ist Entwicklungsethnologe. Er lebt in Neuseeland und befindet sich zurzeit zu Forschungszwecken in Indonesien.*

chen Zwecken und zum Gefallen einer urbanen Mittelschicht und Elite abzugrenzen, findet ihren Ursprung in Nordamerika. Dort wurde 1872 mit Yellowstone der erste Nationalpark erklärt, und mit ihm der Mythos der Wildnis und des unberührten Landes (no man's land) begründet. Von Anfang an war das Konzept eines Nationalparks maßgeblich von der Idee unberührter Natur beeinflusst, entgegen der Tatsache, dass auch amerikanische Parks in der Regel von indigenen Bevölkerungsgruppen schon seit bis zu Tausenden von Jahren besiedelt und zumeist nachhaltig genutzt worden waren.

Das Nationalparkkonzept verbreitete sich zuerst erfolgreich in Nordamerika und Europa, wurde aber in zunehmendem Maße auch in den Kolonien durchgesetzt. Die Gründung vieler namhafter Nationalparks in Afrika, Süd- und Südostasien geht auf die Kolonialzeit zurück. Dies ging in der Regel mit der Missachtung traditioneller Siedlungs- und Nutzungsrechte traditioneller Bevölkerungen einher. Nachdem die Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten, wurde das Nationalparkkonzept von nationalen Regierungen institutionalisiert und ist nun die populärste und am weitesten verbreitete Strategie des Naturschut-



zes. An die zehn Prozent der globalen Landmasse sind geschützte Gebiete, zum Großteil Nationalparks.

Die Folge sind einige Millionen *conservation refugees*, Heimatlosigkeit, kultureller Zerfall, Arbeitslosigkeit und Armut. Allzu oft wurden ansässige Bevölkerungsgruppen ohne die Vorgabe von konkreten und soziokulturell angemessenen ökonomischen Alternativen ihrer Heimat verwiesen. Dies führt nicht nur zu landlosen Flüchtlingen. Es kommt zudem zu Spannungen mit Bevölkerungen in den Anrainergebieten, in denen die Vertriebenen Zuflucht suchen. Solche Konflikte können den Grundstein für lang anhaltende Auseinandersetzungen legen, da Nutzungs- und Siedlungsrechte auch außerhalb der Schutzgebiete oft traditionellen Richtlinien folgen. Im Falle einiger afrikanischer Nationalparks zum Beispiel liegt die Ratio zwischen Flüchtlingen und ihren neuen »Gastgebern« teilweise bei eins zu eins oder zwei zu eins.

### Internationale Mechanismen des sozialverträglichen Naturschutzes

Innerhalb der letzten Jahrzehnte hat sich der globale Diskurs grundlegend gewandelt, vor allem durch die Dokumentation von Fallstudien die belegen, dass Naturschutzstrategien, die den einheimischen Bevölkerungen weder Mitspracherecht noch Lebensgrundlagen garantieren, allzu oft zu Armut und langwierigen sozialen Konflikten führen. Zudem ist es mittlerweile anerkannt, dass einheimische Bevölkerungsgruppen oft nicht für die De-

gradierung der Umwelt verantwortlich gemacht werden können — die Urheber schwerwiegender Umweltschäden sind allzu oft Außenseiter — man denke nur an die großflächige Abholzung der Tropenwälder für die Märkte Amerikas, Europas und Ostasiens.



Diese Erkenntnisse wurden mittlerweile in internationalen Abkommen und Konventionen institutionell verankert, zum Beispiel durch die während des Erdgipfels in Rio de Janeiro 1992 anerkannte *Convention on Biological Diversity*. Darin wird sozioökonomischen Komponenten des Naturschutzes gleichermaßen Bedeutung beigemessen. Die Konzepte der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen sowie des *benefit-sharing* haben sich somit als Teil einer holistischen Naturschutzstrategie etabliert, ganz im Sinne der »Nachhaltigen Entwicklung«.

Die *Asian Development Bank* (ADB), die Weltbank, die *Global Environmental Facility* (GEF), die *International Finance Corporation* (IFC) sowie die Europäische Union sind maß-

geblich an der Finanzierung von Naturschutzprojekten in der Dritten Welt beteiligt und haben die Rhetorik der sozialen Gerechtigkeit in ihren Finanzierungsmechanismen im Naturschutzbereich verankert.

Internationale Naturschutzorganisationen wie zum Beispiel WWF, *Conservation International*, und *The Nature Conservancy* (TNC), die in großem Maße an der Erhaltung und dem Schutz biologischer Vielfalt auch in Ländern der Dritten Welt beteiligt sind, kommen nicht umhin, international anerkannter »best-practice« gerecht zu werden, um sich weiterhin finanzielle Unterstützung zu sichern.

Nicht selten kommt es dabei allerdings zu Konflikten zwischen Naturschutz — nach wie vor Sachverständnis und Priorität solcher Organisationen — und der Notwendigkeit sozioökonomischer Entwicklung. Leitgedanke hier scheint eine Entweder-oder-Strategie zu sein, die, entsprechend der Ideologie verantwortlicher Meinungsmacher innerhalb dieser Organisationen, oft dem Naturschutz Vorrang gibt, bestimmt durch die Hypothese einer globalen Biodiversitätskrise. Letztendlich, so das Argument, sind diese Organisationen nicht für die Armutsbekämpfung verantwortlich.

Soziale Gerechtigkeit besteht in diesem Fall weiterhin nur auf dem Papier, wobei einheimische Bevölkerungen nach wie vor den größten Preis für den Naturschutz zahlen — Nationalparks in diesem Fall werden zu Hoheitsgebieten der Wissenschaft und des Tourismus, wohingegen ganze Dorfgemeinschaften, die mitunter seit Jahrhunderten diese Gebiete besiedelten und von — in der Regel nachhaltiger — Ressourcennut-





Foto: H. Borchers

zung ihren Lebensunterhalt bestritten, nun ihrer Existenzgrundlage beraubt werden.

## Die Lage in Indonesien

Die holländische Kolonialregierung gründete die ersten Naturreserve und Parks Indonesiens Anfang des 20. Jahrhunderts. Größere Zwangsumsiedlungen fanden allerdings erst im Rahmen der *Transmigrasi*-Programme der indonesischen Zentralregierung statt. So wurden in den 1970ern und 1980ern einige zehntausend Einheimische aus Zentralsulawesis Lore Lindu Region — 1982 zum Nationalpark erklärt — zwangsumgesiedelt. Das Projekt wurde von der Weltbank mitfinanziert. Versuche Einheimischer, ihre traditionelle Heimat zurückzufordern scheiterten 1999 unter Mithilfe des indonesischen Militärs.

Die indonesische Regierung wird von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) auf nationaler Ebene, wie zum Beispiel WALHI, der

Menschenrechtsverletzung und des Raubbaus in indonesischen Naturschutzgebieten bezichtigt. Nicht nur, dass ansässige Bevölkerungen über Jahrzehnte hinweg zwangsumgesiedelt wurden. Die Regierung vergibt zudem zunehmend Konzessionen an nationale oder internationale Unternehmen unter anderem im Bergbau und der Holzwirtschaft. Diese Unternehmen rauben den weiterhin präsenten Gemeinschaften die Lebensgrundlage und haben außerdem schwerwiegenden Einfluss auf das ökologische Gleichgewicht. Zudem bleibt marginalisierten Einheimischen oft keine andere Wahl als sich für selbige Unternehmen auf Niedriglohnbasis zu verdingen. Die Hingabe der indonesischen Regierung, die von ihr ratifizierten Konventionen durchzusetzen, erscheint hierbei in einem fraglichen Licht.

Doch sind nicht nur am Raubbau beteiligte Industrien für die katastrophale Lage der in Nationalparks ansässigen Bevölkerungen verantwortlich. Internationale Naturschutzorganisationen sind maßgeb-

lich am Management indonesischer Nationalparks beteiligt, nicht allein aufgrund ihres ökologischen Fachwissens. Auch mangelt es der Zentralregierung am nötigen Budget, um Indonesiens Naturschutzgebiete erfolgreich und nachhaltig zu verwalten. So sind internationale NGOs mittlerweile mitunter die Hauptakteure im Management der biologischen Vielfalt Indonesiens und werden dabei im großen Maße vor allem von der Weltbank, der GEF sowie der ADB mitfinanziert. Ironischerweise sind es oft internationale Naturschutzprojekte, die einheimische Bevölkerungen in den Ruin treiben.

## Beispiel Komodo Nationalpark

Die Inseln, die den endemischen Komodo Monitor beherbergen, wurden bereits 1915 von der holländischen Kolonialregierung unter Schutz gestellt. Die indonesische Zentralregierung designierte das Areal 1980 offiziell zu einem ihrer er-



sten Nationalparks. Bereits 1977 wurde Komodo als Biosphärenreservat anerkannt, und die UNESCO erklärte den Park 1991 zudem als Weltkulturerbe. Der Konflikt zwischen Nationalparksbehörden und der einheimischen Bevölkerung verschärfte sich bereits durch die Nationalparksdesignations, da traditionelle Nutzungsrechte verstärkt eingeschränkt wurden.

Zunehmend erfuhr auch der Artenreichtum der umliegenden Gewässer internationale Beachtung und Schutz, und seit 1995 unterstützt die amerikanische NGO *The Nature Conservancy* (TNC) die Regierung im Management des Parks. Allerdings hat sich die Lage der Bevölkerungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parks seitdem weiterhin verschlechtert, da die Priorität der TNC klar ökologischen Richtlinien folgt, und harsche Regulierungen — ohne Alternativen zu schaffen — dazu führen, dass einheimische Fischer nicht umhin kommen, Richtlinien zu missachten, um ihren Familien die Lebensgrundlage zu sichern. Dies führte bereits zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Parkwächtern — unterstützt von Polizei und Militär — und Fischern. Dabei wurden Fischer geschlagen, gefoltert und sogar erschossen — zuletzt im Februar 2003.

Migrationsprozesse in Komodo sind zweigestalt: Zum einen haben viele Fischer von an den Park angrenzenden Gemeinden auf die Hauptinseln im Park übergesiedelt um der Ressourcenarmut in der eigenen Region zu entfliehen — Komodo verfügt über einen Ressourcenreichtum, der weit über dem der schon größtenteils erschöpften Ressourcen der weiteren Umgebung liegt. Oft werden diese Formen der Migration durch Heirat »legitimiert«. Wenn Migration in den Park auch per Gesetz stark limitiert ist, so lässt die Natur indonesischer Bürokratie doch immer noch das eine oder andere Hintertürchen offen.

Zum anderen stellt das Phänomen einer stetig wachsenden Bevölkerung ein großes Problem für die Nationalparksbehörden dar, da dies auch vermehrten Druck auf die Ressourcen bedeutet. Weitaus größer allerdings ist der Druck, der von den vielen auswärtigen und auch besser



Foto: H. Borchers

ausgestatteten Flotten, die sich im Park bedienen, ausgeht.

Allerdings richten sich die Regulierungen und Einschränkungen der Ressourcennutzung vor allem gegen die im Park ansässigen Dorfgemeinschaften. So besteht die Möglichkeit, dass die momentane Strategie der Unterentwicklung der Bevölkerung innerhalb des Nationalparks das Ziel verfolgt, Parkbewohner dazu zu »ermutigen«, ihre Dörfer zu verlassen um nach Flores oder Sumbawa, die beiden an den Park angrenzenden Inseln, überzusiedeln. Tatsächlich stellt die »Schaffung von Anreizen zur freiwilligen Umsiedlung« einen Teil der Managementstrategie dar. Allerdings würde es sich in diesem Fall klar um Zwangsumsiedlung handeln, da den Parkbewohnern das Leben in dem Maße erschwert wird, dass ihnen auf lange Sicht keine andere Wahl bleibt. Dutzende Fischer mit samt Familien wurden bereits des Parks verwiesen.

Auf der Strecke bleiben dann vor allem jene Parkbewohner, die traditionell Anrecht auf Residenz im Park und Nutzung der Ressourcen haben. Dies sind zumeist die am ehesten Benachteiligten und politisch Marginalisierten. Die Frage allerdings, wer nun traditionell Anrecht darauf hat im Park zu sein, ist höchst umstritten. TNC selbst behauptet, dass es allein schon durch Migration in den Park und Heirat zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen mittlerweile keine »Einheimischen« mehr gibt — und vermeidet so die politisch knifflige

Frage von den Rechten der traditionellen Bewohner.

Der Nationalpark wurde kürzlich privatisiert, gegen den Willen einheimischer Bevölkerungen und des Regionalparlaments. Der IFC finanziert das Projekt, welches TNC und einem Hotelmagnaten aus Malaysia Managementrechte für 30 Jahre im Park zuteil werden lässt. Es ist unwahrscheinlich, dass sich der Luxus- und Tauchtourismus, den die Joint Venture anvisiert um den Park zu finanzieren, letztendlich zum Vorteil der einheimischen Bevölkerung gebiert.

## Literatur

- Borchers, H. (2004). *Jurassic Wilderness-Ecotourism as a Conservation Strategy in Komodo National Park, Indonesia*. Stuttgart: Ibidem.
- Cerna, M.M. and K. Schmidt-Soltau (2003). *National Parks and Poverty Risks-Is Population Resettlement the Solution?*
- Chapin, M. (2004). *A challenge to conservationists*. World Watch Institute.
- Ozinga, S. (2003). *Parks with People*. World Rainforest Movement/FERN.
- WALHI (2004). *State Crime in the Name of Conservation. Background paper prepared for 60<sup>th</sup> Session of the UN Commission for Human Rights, March April 2004, Geneva*.